

Gelbwesten in Deutschland? Die Angst vor dem Wut-Herbst wächst

Welt, 08.09.2022, Daniel Eckert, Holger Zschäpitz

https://www.welt.de/wirtschaft/plus240912087/Energiepreise-Gelbwesten-in-Deutschland-Angst-vor-Wut-Herbst-waechst.html?sc_src=email_2842346&sc_lid=282475954&sc_uid=6wM2XuDJCM&sc_lid=2279&sc_cid=2842346&cid=email.crm.redaktion.newsletter.wirtschaft&sc_eh=6aebdc2892a6c0c21

Steigende Preise und wirtschaftliche Unsicherheit lassen weltweit die Gefahr sozialer Unruhen wachsen. Ein Ranking der Zufriedenheit sieht auch für Deutschland eine deutliche Verschlechterung. Eine entscheidende Schwelle ist überschritten – und die nächste steht kurz bevor.

Ist das der Beginn des befürchteten Wut-Herbstes? In Leipzig sind diese Woche unter der Bezeichnung „Montags-Demo“ mehrere Tausend Menschen auf die Straße gegangen. Ein buntes Sammelsurium an Demonstranten protestierte gegen die Politik der Bundesregierung und forderte unter anderem niedrigere Energie- und Lebensmittelpreise.

Auch wenn in Leipzig eher politische Randgruppen zu den Protesten aufgerufen haben – neben der Linkspartei unter anderem die rechten „Freien Sachsen“ –, sehen einiger Experten generell Wochen und Monate der Unzufriedenheit auf Deutschland zukommen. Manchen Einschätzungen zufolge ist die Gefahr breit angelegter sozialer Proteste hierzulande so groß wie seit Jahrzehnten nicht.

Darauf deutet auch eine Studie des Beratungsunternehmens Verisk Maplecroft hin. Deutschland gehört demnach zu den Ländern mit dem am schnellsten steigenden Unruhe-Potenzial.

Zwar ist der soziale Friede in Europas größter Volkswirtschaft traditionell relativ gefestigt, doch nach Einschätzung der Experten hat sich die Situation zuletzt deutlich verschlechtert, und das noch ehe die Bevölkerung die größten finanziellen Belastungen zu spüren bekommt, die aus der Energiekrise resultieren.

In dem von Verisk erstellten Index, der soziale Stabilität misst, ist die Bundesrepublik abgerutscht. Im internationalen Vergleich steht Deutschland noch ganz gut da, doch der Rückgang von fast einem Punkt innerhalb eines Quartals markiert eine markante Verschlechterung.

Die Skala reicht von null bis zehn, wobei null ein hohes Risiko darstellt und zehn hohe gesellschaftliche Harmonie bezeugt. Laut Verisk steht Deutschland mit einem Index-Wert von rund sechs jetzt schlechter da als die Balkan-Republik Bosnien-Herzegowina.

Stark steigende Lebenshaltungskosten

Als Hauptgrund für die wachsende Unzufriedenheit haben die Analysten die stark steigenden Lebenshaltungskosten identifiziert. Teure Energie und auch Essen haben die Inflationsrate zuletzt auf den höchsten Stand seit fünf Jahrzehnten getrieben.

Nun steht dem Land ein Winter bevor, der eine weitere Verteuerung oder sogar Rationierung von Gas und damit Wärme bringen könnte. Diese Unsicherheit löst kollektives Unbehagen aus und lastet auf der Stimmung im Land.

Gleichzeitig äußert ein großer Teil der Bevölkerung Unzufriedenheit mit der Politik. Die Zustimmungswerte der Ampel-Koalition sind gerade auf ein Rekordtief gefallen. Das Gleiche gilt für den Konsumklimaindex, der zuletzt von einer historisch niedrigen Ausgabenbereitschaft kündete. Sprich: Die Haushalte halten das Geld zusammen, weil sie nicht absehen können, was die Zukunft bringt.

Und auch der Political Risk Index für Deutschland des Analysehauses GeoQuant ist nach oben gesprungen und rangiert jetzt auf Höchststand. Der Wert liegt höher als während der Corona-Lockdowns und auch höher als nach der Flüchtlingskrise 2015/16, die die Bundesrepublik politisch erschütterte.

Ein weiterer Beleg für das um sich greifende Gefühl der Krise und Bedrohung liefert das aktuelle Stimmungsbild bei kleinen Firmen, die häufig besonders exponiert sind. Nach einer Umfrage des Softwareunternehmens Lexware berichtet ein beträchtlicher Teil der Solo-Selbstständigen und Kleinstunternehmen hierzulande von Existenzängsten.

Bei Firmen mit bis zu neun Mitarbeitern berichtetet gut ein Viertel davon, dass es sich Sorgen über sein wirtschaftliches Überleben machen, bei den Firmen mit bis zu 49 Angestellten betreffen diese Existenzängste immer noch gut jeden Fünften. Speziell die nächste Heizsaison ruft bereits heute große Unsicherheiten hervor.

Sprunghaft steigende Kosten verschärfen die finanzielle Situation bei vielen Selbstständigen und Kleinunternehmen. Drei Viertel der Befragten (75 Prozent) sorgen sich wegen der steigenden Kosten, und fast jeder Dritte (30 Prozent) erwartet, aufgrund der Energiekrise auf seine Rücklagen zurückgreifen zu müssen, um Betriebs- und oder Materialkosten zu decken. Einen Notfallplan für den Fall, dass das Gas tatsächlich eingeschränkt wird, haben laut der Lexware-Erhebung im Moment nur 20 Prozent der Befragten in der Tasche.

Bei internationalen Großkonzernen sieht das anders aus. Nicht wenige Multis bereiten sich bereits auf den Ernstfall vor. So wurde jetzt bekannt, dass sich die amerikanische Großbank JP Morgan auf die Möglichkeit großflächiger Blackouts in Deutschland einstellt. Nach Angaben der britischen Zeitung „The Telegraph“ hat das Geldhaus Pläne ausgearbeitet, im Fall möglicher Stromausfälle in Deutschland Tätigkeiten von Frankfurt in die Londoner City und andere europäische Metropolen zu verlagern.

Vor allem in Europa wächst das Risiko

Aber auch andere Länder haben nach Angaben von Verisk mit zunehmender Inflation und ökonomischen Erschütterungen zu kämpfen, die durch den Einmarsch Russlands in der Ukraine noch verschärft wurden. Daher wächst weltweit das Risiko für soziale Unruhen, vor allem in Europa hat es wegen Energiekrise und Inflation besonders stark zugenommen.

Andernorts drohen die Folgen des Krieges die Nahrungsmittelversorgung zu stören, was in der Geschichte häufig Anlass von Volksaufständen und Revolutionen war. Unruhen könnten nun zu einem weltweiten Phänomen werden. Von den 198 im Civil Unrest Index erfassten Ländern weisen laut Verisk-Studie 101 im dritten Quartal 2022 ein steigendes Risiko auf. Das ist der stärkste Anstieg seit der Einführung der Rangliste im Jahr 2016.

In den Entwicklungsländern sind es Preissteigerungen bei Grundnahrungsmitteln und die Sorge vor einer globalen Nahrungsmittelkrise, die Unruhen wahrscheinlicher machen. Die Bedrohung wird in den kommenden Monaten zunehmen, sagen die Forscher.

Ein solches Unruhe-Potenzial indes verbinden bisher relativ wenige Experten mit Deutschland. Die Bundesrepublik gilt dank seiner sozialen Marktwirtschaft als relativ homogenes und ausgeglichenes Land. In den vergangenen Jahrzehnten war das Unruhe-Potenzial hierzulande gering ausgeprägt.

Anders als in Frankreich gibt es hierzulande nicht die Tradition, mit Massenprotesten gegen politische oder sozialpolitische Entscheidungen mobil zu machen. Das steht jetzt infrage. Neben Deutschland zeigen in Westeuropa auch die wohlhabende Schweiz und die Niederlande schlechtere Werte im Bürgerunruhen-Index. Die Bundesrepublik hat jedoch einen höheren Unruhe-Wert als die Nachbarn im Westen und Süden.

Noch drastischer könnte die Stimmung allerdings in den Schwellenländern kippen. „Das sind bedeutende Ereignisse, die das tägliche Leben beeinträchtigen können“, sagte Jimena Blanco, Chefanalystin von Verisk Maplecroft gegenüber der Finanzagentur Bloomberg. In den Emerging Markets könnte es im schlimmsten Fall zu „Aufständen, Plünderungen und sogar zu Umsturzversuchen“ kommen, sagte sie.

Der wichtige Auslöser ist auch hier die Verteuerung der Lebenshaltungskosten. Verisk hat eine kritische Marke ausgemacht, jenseits der sich die Lage zuspitzt. Wegen Inflationsraten von sechs Prozent und mehr in mehr als 80 Prozent der Länder der Welt habe fast die Hälfte der Länder auf dem Index ein „hohes“ oder „extremes“ Risiko. Allein in den 20 größten Volkswirtschaften (in den G-20-Staaten) liegen 13 über der kritischen Schwelle.

Am höchsten ist die Teuerung zu Herbstbeginn in der Türkei mit 80 Prozent, zweistellig ist die Inflation auch in Argentinien, Russland, Großbritannien und Brasilien. Für Deutschland meldete das Statistische Bundesamt zuletzt – für August – einen Anstieg der Verbraucherpreise um 7,9 Prozent zum Vorjahr. Im Herbst könnte die Teuerung auch hierzulande zweistellig werden. Dann könnte es auf den Straßen der Republik noch einmal eine ganz andere Lage geben.